

Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 11 / 41. Jahrgang Erscheint wöchentlich, Bezugspreis drei Vierteljahr 30 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b Fernsprecher: Moritzplatz 2120 Bestellung bei allen Postämtern. Mitnahme kostenlos Berlin, 18. März 1927

Die Teuerung und die Erhöhung der Mieten in ihrer Auswirkung.

Gelegentlich einer Betrachtung über die Folgen der ungezügelt ansteigenden Mietenerhöhung wurde hier ausgeführt, daß dadurch automatisch neue Wirtschaftskämpfe heraufbeschworen werden müßten. Das müssen selbst unternehmerfreundliche Blätter zugeben, wie die „Deutsche Wirtschaftszeitung“. Es wird berechnet, daß zurzeit etwa vier Millionen Arbeitnehmer unmittelbar vor einer Lohnbewegung stehen, soweit es nicht schon der Fall ist. Sie kämpfen aber, daß diese Lohnbewegungen schon eintrüben werden, bevor noch bekannt war, inwiefern eine Erhöhung der Mieten vorgenommen wird. Und in diesem Zusammenhang zweifelt sie auch die Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung an, das einen Rückgang des deutschen Volksreal-Einkommens von 10 bis 15 Proz. im Jahre 1925 gegenüber der Vorkriegszeit festgestellt hat. Gegenüber wird behauptet, die Reallohnrate der deutschen Arbeiter bewegte sich seit Mitte 1925 im wesentlichen auf Höhe des Einkommens in der Vorkriegszeit.

Folgende Aufstellung soll das beweisen:

Monat u. Jahr	Lebenshaltungskoeffizient	Reallohnrate	Reallohnrate	Reallohnrate	Reallohnrate
	1913 = 100,0	1913 = 100,0	1913 = 100,0	1913 = 100,0	1913 = 100,0
Februar 1925	135,6	65,0	41,0	100,0	100,0
April 1925	136,7	80,0	56,3	89,2	98,6
Juli 1925	143,3	84,4	59,1	94,9	105,4
Oktober 1925	143,5	89,8	62,8	96,5	106,8
Januar 1926	143,5	92,3	64,6	98,9	109,8
April 1926	139,6	94,1	66,0	103,5	115,1
Juli 1926	142,4	94,2	66,1	103,8	115,5
Oktober 1926	142,2	94,0	65,9	101,5	112,9
Januar 1927	144,8	94,8	66,6	102,6	114,4
April 1927	144,8	94,9	66,7	101,2	112,7

Natürlich wird nur am Hand solcher Tabelle behauptet, Reallohnkommen des deutschen Arbeiters sei nicht gesunken, sei vielmehr günstiger als bei anderen Vorkriegsjahren. Dagegen ist geltend zu machen, daß der Lebenshaltungskoeffizient nur die allernotwendigsten Ausgaben für die Lebenshaltung erfährt, und daß der Rest der Ausgaben für den Konsum der Arbeiter unter dem Einfluß der Durchschnittpreise allererlei Güter unterliegt. Vor allen Dingen ist auch nicht einzusehen, weshalb sich die Arbeiterkraft stets und ständig auf dem niedrigen Kulturniveau der Vorkriegszeit bewegen soll, wenn doch feststeht, in welcher unvorstellbar Weise die oberen Klassen ihre Einkünfte auf Kosten der Arbeiter unangenehm erhöhen. Wir haben erst in Nr. 9 eine kleine Tabelle veröffentlicht, welches Einkommen die verschiedenen Fabrikdirektoren beziehen. Angesichts der Schwierigkeiten, in welchen sich die deutsche Wirtschaft zurzeit noch befindet, ist es ganz besonders bedauerlich, daß diese Herrschaften in solchem Ausmaß für sich selbst sorgen und der Arbeiterkraft das Nötigste zum Leben vorenthalten.

Doch die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ will selbst zu behaupten, daß die Mieterhöhung auch eine Lohnrückbildung bewirkt. Die Unternehmer werden es nicht wahrhaben können, daß die Arbeiter sich rühren und die unerbittliche Verleumdung ihrer Lebenshaltung mit allen Kräften abwehren suchen. Vor allen Dingen muß doch auch festgestellt werden, daß eine ungeheure Menge von Arbeitern und Angestellten kein sicheres Einkommen haben, sondern wochen- und monatlang verkürzt arbeiten, ausbleiben und arbeitslos sind. Kann man unter den heutigen Umständen kaum das Leben fristen, dann ist es erst recht nicht daran zu denken, etwa Ersparnisse zu machen.

Doch die bürgerlichen Goldschreiber sind ja dazu da, um den Satten und Ausbeutern nach dem Munde zu reden, ihr Gewissen zu beruhigen, soweit sie ein solches überhaupt noch haben. Es wird ihnen nie einfallen, gegen die „hohen Einkommen“ vom Leber zu ziehen und den Gewerkschaften am deutschen Wirtschaftskörper die Wahrheit zu sagen. Man bildet sich in diesen Kreisen ein, alles sich zu leisten zu können, was an neuzeitlichen Forderungen an die Unternehmer seitens der Arbeiterkraft gerichtet werden muß. — Wir verlangen im Interesse des gesamten deutschen Volkes, daß die Vorteile einer technisch auf das rationellste vollkommene Betriebsweise auch den Arbeitern und Angestellten zugute kommen. Schon aus diesen Gründen, ganz abgesehen von den Wirtschaftskrisen und Preisverleumdungen, rechtfertigen sich die Lohnbewegungen.

Bereits sind die Argumente, welche in der Unternehmerpresse gegen die Forderung vorgebracht werden, daß die Löhne die Kaufkraft stärken und den Warenmangel beseitigen. Die Arbeiterkraft kann es nicht dulden, daß die Unternehmer alle Vorteile einer rationierten Betriebsweise für sich allein behalten. Die Jahresabschlüsse der Industrie- und Gewerbetreibenden, die Bilanzen der Banken, die Bilanzen der Eisenbahnen beweisen eine ganz umfangreiche Neubildung von

Kapital. Die Unternehmen haben recht ansehnliche Dividenden abgemorfen; nur der Arbeiterkraft, die alles erarbeitet, gönnt man kein auskömmliches Dasein. In diesem schiefen Spiel können und dürfen wir nicht schweigen und untätig zusehen.

Wir wissen sehr wohl, daß jeder Appell an menschliches Gefühl bei den „höheren Kreisen“ fruchtlos sein wird. Erst durch unser selbstloses, zielbewusstes gewerkschaftliches Auftreten und Handeln werden wir uns erretten, was uns jetzt noch verlagert wird. Die Unternehmer mögen sich gelagert sein lassen, daß der heutige Zustand nicht ewig bestehen wird, und daß die Arbeiterkraft das rigorose Verhalten der Unternehmer von heute im Gedächtnis behalten wird.

Der Kampf um das Notgesetz.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat im Bege eines Initiativgesetzes, dessen Entwurf sich mit dem im Oktober 1926 von allen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden gemeinsam aufgestellten Forderungen deckt, die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages beantragt. Dieser Antrag ist jedoch noch immer nicht zur Verhandlung gestellt, weil die Regierung ihren eigenen Entwurf zur Abänderung der Arbeitszeiterordnung vorlegen will. Aber es ging ein Kampf um diesen Entwurf zwischen den Koalitionsparteien. Das Zentrum weiß, daß es mit nicht gar zu mageren Vorzügen kommen darf, aber die Rechtsparteien sind zäh. Das Resultat dieses Zögerns ist der folgende, am 20. Februar bekanntgemachte Regierungsentwurf zur Abänderung der geltenden Arbeitszeiterordnung:

1. Der § 6 erhält folgenden Abf. 3:
„Der Arbeitgeber darf bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen zehn Stunden täglich nicht überschreiten; eine Ueberschreitung dieser Grenze ist nur in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des Gemeinwohls mit befristeter Genehmigung der im § 6 Abs. 1 bezeichneten Behörde zulässig.“
2. Der § 6 erhält folgenden Abf. 4:
„Wird die Arbeitszeit nach Abs. 1 aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen zugelassen, so hat die zuständige Behörde sie davon abhängig zu machen, daß den Arbeitern über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus ein angemessener Zuschlag gezahlt wird. Als angemessen gilt mangels einer abweichenden Vereinbarung ein Zuschlag von 25 Prozent. Kommt über die Berechnung des Zuschlages keine Einigung unter den Beteiligten zustande, so entscheidet darüber die zuständige Behörde endgültig. Die Vorschriften des Satzes 1 gilt nicht für Beurlaubte.“
3. Der bisherige Abf. 3 des § 6 wird Abf. 5.
4. Der § 9 Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut:
„Die Arbeitszeit darf bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen zehn Stunden täglich nicht überschreiten; eine Ueberschreitung dieser Grenze ist nur in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des Gemeinwohls mit befristeter Genehmigung der im § 6 Abs. 1 bezeichneten Behörde zulässig.“
5. Der § 11 Abs. 3 und der § 12 fallen weg.

Die Arbeitszeiterordnung soll nur in ihren §§ 6 und 9 abgeändert werden, außerdem soll der heftig umstrittene § 11 Abs. 3 fallen. Gerade gegen letzteres wahren sich die Rechtsparteien mit Zähigkeit. Für den Unternehmer ist die juristisch unmögliche Forderung, daß die an sich strafbare Ueberschreitung des Gesetzes kraft der Erlaubnis „freiwillig“ angeboten hat, viel zu weit, als daß er sie fahren lassen möchte. Man hat an dem Problem gedankt, wie viele prächtige Bestimmungen, die nur das Hebel hat, daß sie gar zu offensichtlich das die Arbeitnehmer treffende Unrecht zeigt, frisiert werden kann. Aber man findet den Dreck nicht, und in diesem Punkt bleibt das Zentrum noch fest. Der Entwurf läßt daher diese Straffreiheit fallen, um dafür aber an anderer Stelle Straffreiheit zu geben. So soll der § 9 neben einer Verbesserung eine Verschärfung erfahren. § 9 begrenzt die Arbeitszeit auf maximal zehn Stunden und läßt eine Ueberschreitung dieser Grenze im Falle des § 7 (gesundheitsgefährliche Betriebe) überhaupt nicht, sonst nur aus dringenden Gründen des Gemeinwohls zu. Der Mangel war, daß in den letzteren Fällen legten Ende der Straflosigkeit entscheiden mußte, ob berechnungsmäßig die zehn Stunden Grenze überschritten war. Künftig soll die Ueberschreitung nur mit befristeter Genehmigung möglich sein. Darüber wird nun aber auch der § 7 in diese Regelung einbezogen. Der Verbaub und die Schmierindustrie haben die ungeschicklichen Ueberschreitungen bisher mit der „freiwillig angebotenen“ Ueberschreitung durchgelassen. Verstößt man diese Punkte, so öffnet man nun im § 9 eine neue und schärfere Möglichkeit, auch in den dem § 7 unterliegenden Betrieben, also Kohlenabbau (unter Tage) und einige besonders gesundheitsgefährliche Berufszweige noch über

zehn Stunden hinaus „aus dringenden Gründen des Gemeinwohls“ arbeiten zu können. Außerdem will man versuchen, in den Fällen des § 1, der den Ausgleich für an einzelnen Tagen ausfallende Arbeitszeit an anderen Tagen zuläßt, die Möglichkeit zu schaffen, die tägliche Wochenarbeitsstunden auf fünf bzw. fünfseinhalb Tage zu verteilen, das heißt auf bis zwölf Stunden tägliche Arbeitszeit zu ermäßigen.

Verbesserungen soll der § 6 erhalten, der mangels einer tarifvertraglichen Regelung die behördliche Genehmigung zuläßt. In Fällen, wo bisher die Arbeitszeit tariflich geregelt war, sollen, wenn der Vertrag nicht seit mehr als drei Monaten abgelaufen ist, die Gewerbeaufsichtämter keine längere Arbeitszeit zulassen, als bisher nach dem Tarifvertrag zulässig war. Damit soll bekämpft werden, daß Unternehmer Löhne abzulassen lassen, um freie Hand für Verlängerung der Arbeitszeit zu gewinnen. Nur schade, daß diese neue Formel mehr Schaden als Vorteil anrichten wird. Wo heute ein Tarif strittig ist, wird es in neunzig von hundert Fällen sein, weil die Arbeiter von einer früher vertraglich aufgezwungenen langen Arbeitszeit loskommen wollen. Und in diesen Fällen wird die neue Bestimmung geradezu anreizen, die behördliche Genehmigung bis zur unerträglichen Grenze des alten Tariffs auszudehnen. Weiter soll künftig die behördliche Genehmigung in einem Fall an die Verpflichtung zur Zahlung eines Ueberschlagenszuschlages gebunden werden, nämlich dann, wenn nach § 6 die Behörde längere Arbeitszeit genehmigt „aus allgemein wirtschaftlichen Gründen“. Die Höhe des Zuschlages soll angemessen sein und mangels wirklicher Vereinbarung 25 Proz. des Lohnes betragen. Kein solcher Zwang soll bestehen, wenn die Genehmigung aus „betriebstechnischen Gründen“, bei Betriebsunterbrechungen, unermesslichen Störungen usw. erfolgt. In Zukunft wird es keine „wirtschaftlichen Gründe“ mehr, sondern nur noch „betriebstechnische Gründe“ geben.

Das sind die Vorzüge der Regierung. Die wirtschaftlichen Grundübel bleiben unberührt. Durch Tarifvertrag, also durch den Zwangstarif, soll die Arbeit auf zehn Stunden verlängert werden und an seine Stelle nach wie vor die behördliche Genehmigung treten können. Immer weiter soll das so oft misbrauchte „Gemeinwohl“ dazu dienen können, den Zehnstundentag zu übersteigen. Zum Ausgleich des freien Sonntagsnachmittags, ja sogar zur Ermöglichung der Fünftageswoche soll die regelmäßige Arbeitszeit bis auf zwölf Stunden steigen können. Was die Regierung in ihrem Entwurf bietet, ist nichts. Sie hat sich nicht zu einem wirklich entscheidenden Schritt in der Arbeitszeit entschließen können, obwohl sie weiß, daß die Wogen der Arbeitslosigkeit über uns zusammenschlagen. Deht hat der Reichstag das Wort.

Inzwischen ist die amtliche Erhebung der Regierung über den Umfang der Ueberschreitung bekannt geworden. (Mittelstabsbericht 1927 Nr. 5.) Ein Teil der Unternehmerpresse hat aus den Ergebnissen schlußfolgern wollen, daß die Gewerkschaften weit übertrieben hätten und daß das Hebel so böse gar nicht sei. Wäre es so, so wäre niemand froher als die Arbeiter; einen solchen Irrtum würden sie gern eingestehen, um so mehr, als gerade der geringe Umfang des Hebels ein solches Zapfen recht fertigen würde; denn was die weitaus größte Zahl der Unternehmungen ohne Schaden durchzuführen konnte, könnte den hartgesottenen Sündern unter den Unternehmern nicht unmöglich sein. Aber leider spricht die Erhebung eine andere Sprache. Sie ist nur eine Stichprobe und umfaßt nur 3023 Betriebe aus der Metall- und Maschinenindustrie, der Textilindustrie, der Lederindustrie und Tabakindustrie mit rund dreieinhalb Millionen Arbeitern. Sie hat Industrien mit starker Ueberschreitung erfassen wollen. Ist aber merkwürdigerweise an den besonders typischen Industrien vorbeigezogen. Wir denken an die Brauntoblen-, Kalk- und Zementindustrie, Papierherstellung, an Handel und Verkehr, an das Klein- und Mittelgewerbe usw. Statt dessen nahm man die Leder- und Tabakindustrie hinein, wo wohl vielfach erhebliche Ueberschreitungen vorkommen, in denen aber die besonders große Arbeitslosigkeit schon die Arbeitszeit nivelliert. Das Gesamtergebnis dürfte also mindestens einen für die Gesamtwirtschaft zureichenden Durchschnitt zeigen, wahrscheinlich ist die Zahl als Gesamtdurchschnitt jedoch zu gering.

Die Erhebung sollte aus den gleichen Betrieben die Arbeitszeit in drei verschiedenen Monaten zeigen. Ihr Hauptresultat ist folgendes:

Monat	Erfast sind Betriebe	Arbeiter	Über 48 Std. arbeiteten	Arbeiter
April	3023	748 686	804	213 045
Juli		721 413	983	280 082
Oktober		745 621	1437	394 906

Interessant ist zunächst das sprunghafte Ansteigen der längeren Arbeitszeit. Trotzdem gerade in diesen Industrien die Arbeitslosigkeit nur wenig im Laufe des Jahres nachließ, steigt die Zahl der Betriebe mit über 48 Stunden

nom April bis Oktober von 806 auf 1437, die der Arbeiter von 213 000 auf 395 000. Es war wirklich die höchste Zeit, daß die Gewerkschaften in diese Entwicklung eingeschlossen eingriffen.

Table with columns: Arbeitszeit, Betriebe, Beschäftigte, Proz. Data for various working hours (24, 30, 36, 42, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60).

zunächst fällt auf, daß bei der Erhebung der Klein- und Mittelbetrieb nur gering berücksichtigt ist. Am Durchschnitt entfallen auf den Betrieb 243 Arbeiter.

Weiter fällt auf, daß über ein Viertel der Erfahten (27,33 Proz.) weniger als 48 Stunden arbeiteten. Zum Teil werden hierunter Arbeiter mit einer unter 48 Stunden vereinbarten Arbeitszeit sein, die also voll arbeiteten.

Da dieses jedoch sicher höchstens bis zu einer Arbeitszeit von 48 Stunden zutrifft, ist alles unter 46 Stunden Kurzarbeiter. Die Zahl ist nicht klar zu erkennen, da die Gruppe 42 bis 48 Stunden nicht getrennt berechnet ist.

Besonders beachtlich ist die hohe Zahl der Kurzarbeiter; wir können leider an dieser Stelle wegen Raum-mangels nicht für die einzelnen Industrien und Branchen die überaus interessanten Zahlenbilder wiedergeben.

Der Sparhans.

Das war eine Wertstufenprüfung, wie sie bei der Birna A. überhaupt noch nicht vorgekommen war.

Über zwei Stunden saßen sie nun schon und redeten dem Hans zu wie einem kranken Schimmel: „Trick nicht aus dem Verband aus!“ Aber da war alles Reden in den Wind geblasen. Der Tropf wollte und wollte nicht.

Da auf einmal ließ der Gekleierte plötzlich nach. Einen schönen Freitag erklärte er etwas verlegen: heute könne er nicht. Er werde aber bestimmt am nächsten Freitag nachzahlen.

die Beachtung verdient und wert ist, für einzelne Betriebe statisch ersatz zu werden. Oft begegnen sich im gleichen Betrieb in starken und schwachen Schwankungen zu den gleichen Zeiten weitgehende Kurzarbeit und ungewöhnliche Hebearbeit.

So ist die Erhebung der Reichsarbeitsverwaltung für jeden, der die Zahlen vorurteilslos werten will, ein Beweis, daß die Behauptungen der Gewerkschaften durchwegs richtig waren. Lediglich hat Mitte Dezember der Textilarbeiter-Verband eine Erhebung über die Hebearbeit in der Textilindustrie durchgeführt.

Neuer Vorstoß der Reaktion.

Kaum ist das Arbeitszeitgesetz in seiner ver-fachheiterten Gestalt bekanntgeworden, wartet die Bürger-regierung bereits wieder mit einem neuen reaktion-ären Gesetz auf. Dieses hat nunst es sich, Gesetz zum Schutz der Jugend bei Aushilfsstellen.

Unter dem Einfluß der Ausschlußberatungen des Reichstags und dem Zutritt des Reichspräsidenten hat es eine Gestalt gewonnen, welches offenbar als Instrument dienen soll um die Tätigkeit der Jugendverbände und insbesondere ihre Bildungsarbeit lähmen zu können.

Das Gesetz bestimmt, daß öffentliche und nicht öffent-liche Aushilfsstellen, Schauspielungen und Darbietungen aller Art für Jugendliche unter 18 Jahren verboten werden müssen, wenn eine Schädigung ihrer sittlichen, geistigen oder gesundheitsförmigen Entwicklung zu befürchten ist.

Es ist klar, die Tätigkeit der Jugendverbände profet-tarischer Tendenz liegt den bürgerlichen Kreisen schon

längst schwer im Magen. Die Sprechhöre, die Spiel- und Wandervereine veranstalten Unterhaltungen aller Art. Spiel, Tanz, Theater, Konzert, Schachturnier, Schwimmbäder usw., alles das kann nach dem Gesetz ver-boten werden, sogar auch Fester in der Familie.

Man muß auch weiter daran denken, wie un-gestörte bei der Gewerkschaften werden kann, wie solche Verbote wirken müssen auf die geistige Produktion in Literatur, Wissenschaft und Kunst.

Ein Erziehungsbehörde der dard, daß ein Jugend-lifer eine verbotene Veranstaltung besucht oder daran teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder auch mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Zusammenfassend kann wohl gesagt werden, mit solchem Gesetz kann die Reaktion die proletarische Jugend-bewegung mit Leichtigkeit unterdrücken. Das kommt nicht auf einen Schutz der Jugend, sondern auf eine Ver-gewaltigung hinaus. Man stellt die Jugend ganz einseitig unter Volksgewalt und entzieht ihr jedes Recht der Selbstbestimmung.

Erziehung.

Ein Erzieher verlangt gewöhnlich, man soll die Früchte seiner Sorgen äußerlich und deutlich sehen; aber es gibt auch verborgene Früchte, die erst die reifen, kernhaften sind, und die sich früher oder später zu einem schönen Leben entwickeln.

Der Mensch wirkt alles, was er vermag, auf die Menschen durch seine Persönlichkeit, die Jugend am stärksten auf die Jugend, und hier entspringen auch die reellen Wirkungen. Diese sind es, welche die Welt beleben und weder moralisch noch physisch aussterben lassen.

die Nase, was er einst großspurig versprochen hatte. Der Hans wurde erst ein wenig verlegen, dann gab er ihm leichthin zur Antwort: „Na, Gott, so schlimm ist das doch gar nicht. Bis bei uns mal gestreift wird, kann noch Jahr und Tag hingehen!“

Über der Rippenstoß half. Von da an sah der Ver-trauensmann seinen Spartunden wieder regelmäßig jeden Freitag antreten. Und das war sein Glück; denn nicht all-zulange mehr und das sollte wie der Dieb ihm über den Hals kommen, was er noch für so fern hielt: — der Streik.

Denn als die Konjunktur sich hob, da wendeten sich die Kollegen der ganzen Branche an ihre Unternehm-er und verlangten mehr Lohn. Doch diese Herren hielten den Daumen fest auf den Beutel und ließen vor der Schlichtungskommission und vor dem Schlichter waren diese harigen Herzen nicht zu bewegen, etwas heraus-zurücken. Da riß den Arbeitern die Geduld und sie be-schlossen, jetzt ernst zu machen und ihre kausierten Herrn Chefs zu bestreiten.

Hell! Das war Wasser auf unseres Sparers Mühsal. Wie oft hatte er in der Dube gepöhr und gepöhrd, daß man doch loschlagen müsse! Wie hatte er sie ver-spottet, als er hörte, daß sie erst vor den Schlichtungs-sausch und dann nach vor den Schlichter gehen müßten, um alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Und wie bligten jetzt seine Augen vor Kampfeslust, als er nun im Streikstrei mit den andern Kampfgeworfen zusammenjaß. „Daß auf“, jagte unser Held zu seinem Nachbar, „paß auf, in einer Woche liegen sie aus Kreuz!“

Die dritte Woche brach an und noch immer war nicht ein-mal etwas von Verhandlungen zu hören. Die andern Kollegen sagten nichts dazu, als hielten sie das für selbst-verständlich, nur unser sonst so laipere Hans wurde immer unruhiger und unruhiger. Die ersten zwei Wochen hatte er sich so brau gehalten wie jeder der Organisierten, trod-den die Unternehmern nicht zu Kreuze getrocknen waren. Doch als nun gar die dritte Woche kam, da wurde der gute Hans sehr still und fragte nicht wie einmal befor-mer, wie es denn um den Streik stünde. Und als dann die vierte Woche anbrach, da schüttelte die arme Seele be-denklich den Kopf und ging umher mit einem Gesicht, als wenn ihm die Freile weggewonnen wären, so daß es den andern Kollegen schon auffiel und einer ihn direkt fragte, ob er denn Angst habe, daß der Streik verloren sei.

Endlich, endlich konnte der Vertrauensmann melden, daß die Unternehmern Verhandlungen angeboten hätten. Da wie atmete unser Hans da auf wie von einem schweren Abdruck befreit! Nun, würden sie doch endlich Klein ge-geben! Doch als sie alle am nächsten Tage im Streitstrei saßen und den Bericht von den Verhandlungen hörten, gab es sehr enttäuschte Gesichter. Nicht die Hälfte, denn, was sie gefordert hatten, wollten diese Kaufm-änner mitnichten überall am Tisch hören man nur: „klein! Weiterstreiken!“

Da plötzlich löste in all diesem Stimmungsgewirr die deutlich der Ausruf: „Na, Kollegen, wir können doch nicht ewig streiken!“ Und alle drehten sich nach dem Zerkn-rufer um und jeder bilte vor Staunen stumm. Herrlich, das war ja doch der Hans, der noch vor kurzem so freudig zum Streit geladen hatte. Jetzt aber ging's über die Lippen des Lingslärners her. Ob er denn die Finte ins Korn werfen wollte! Und wo denn sein früherer Kampfesmut war? Da wurde der arme Hans ganz rot vor Aufregung und rief ängstlich: „Aber wir können doch nicht bis ins End-geisse streiken!“

Doch nun aber rief ihm der Vertrauensmann ein-starker Stimme zu: „Hans, die ist wohl das Geld ausge-gangen?“ Und alle lachten laut los. Hans aber murmelte: „Ach bewahre!“ Dann sagte er hinzur: „Aber Kinder, denkt doch mal, das Geld wird doch mal mit-Selbst das größte Faß wird doch leer, wenn man ewig nur schöpft und nichts hineingießt.“ „Richtig“, gab ihm da ein älterer Kollege zur Ant-wort, „namentlich wenn man auf eigene Rechnung streikt. Da ist die Herrlichkeit bald zu Ende. Wir aber werden uns trugen von der Solidarität der andern Organisierten, die uns helfen wenn wir nicht weiter können, so wie sie ihnen helfen durch unsere Beiträe, wenn sie in Not sind.“

„Hätte man das vorher gewußt!“ Dann aber verstim-m-erte er wie auf den Mund geschlagen. „Siehst du“, rief ihm nun der Vertrauensmann, das habe ich mir gleich gedacht, als du mit deiner un-gläubigen Sparrerai anfingst. Hörgst du, statt dein Geld auf die hohe Kante zu legen, lieber weiter Verband zu zahlen, wahrhaftig, du brauchtest dich nicht um die nächsten Wochen zu sorgen, wie jetzt mit deinem schönen Spar-schack!“

Aber die Kollegen ließen ihn nicht in der Pöckel-Sie gehen ihm aus der anschließlichen Wertstufen- bis der Streik zu Ende war. Hans aber gab die Spar-errei auf und bezahlte wieder wie früher seinen Ver-bandbeitrag und fuhr nicht schlecht dabei. Ernst Kreppe.



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN



Wenn sich der gebildete Mensch bei Kunst und Poesie der Vergangenheit zum Maßstab setzt, wird er die schöne Illusion, daß jene glücklich gewesen, als sie dies Große schufen, nie völlig von sich abwehren können oder wollen. Seine freilich reitieren nur mit großen Opfern das Ideale ihrer Zeiten und kämpfen im täglichen Leben den Kampf, den wir alle kämpfen. Ihre Schöpfungen leben nur für uns aus wie gerettete und aufgepartete Jugend.
Jakob Burckhardt.

Welche Ideale hast du?

Ideal veranlagte Menschen schwelgen nicht so sehr im materiellen Genuß, wie im Genuß der Poesie, die uns der Inhalt guter Bücher übermitteln. Beim Lesen guter Bücher erleben wir, was jene hohen Geister süßesten und höchsten, denen wir die herrlichen Werte der Literatur verdanken. An diesen guten Büchern können sich auch die Frauen und Mädchen der unteren Klassen Geistesbildung erwerben, die ihnen die Schule nicht gegeben hat. Die Frauen und Mädchen sind heutzutage leider nicht sehr geneigt, etwas anderes als leichte Unterhaltungsliteratur zu lesen. Das ist aber sehr bedauerlich und kann sich später bitter rächen. Denn selbst die erwerbstätige Frau, wenn sie Mutter wird, als die Erzieherin der Kinder zu bewerten. Wenn heute vielfach Klage geführt wird über die Jugend und ihr Gebahren, so ist nicht zuletzt die Ursache zu suchen bei den Eltern, besonders bei den Vätern, die der Jugend das Vorbild geliefert haben, was sie allerdings dann meist übertreffen. Die Erwerbstätigkeit und das Beispiel des Umganges mit den Menschen des Betriebes können unmöglich ganz ohne Einfluß bleiben, und so haben sich langsam aber unaufhaltsam Ansichten und Begriffe geändert und verschoben sich noch immer. Ob zum Guten oder Schlimmen, das liegt am Beispiel, das gegeben wird!

Wo böse Beispiele die Führung an sich gerissen haben, verderben sie die besten Sitten. Während umgekehrt gute Beispiele veredelnd wirken und bessere Sitten webern werden.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich schon bei ihrer Gründung in den sechziger Jahren das vergangene Jahrhundert als Aufgabe gestellt, ihren Mitgliedern durch Bildungsschulen und Gründung von Volksbibliotheken zu einer besseren Geistesbildung zu verhelfen, als ihnen die Volksschule gegeben hatte.

Die gewaltige Entwicklung der Arbeiter- und ganz besonders der Gewerkschaftsbewegung beweis zur Genüge, daß diese Bemühungen von schönem Erfolg gekrönt wurden. Doch noch immer sind wir nicht am Ziel. Es gibt noch ungezählte Tausende von Männern und Frauen, die uns nicht nur fernstehen, sondern auch in unseren eigenen Reihen, die nicht an unsere Bildungseinrichtungen den Anteil nehmen, den diese unbedingt verdienen.

Die Gewerkschaften haben überall wo sie Boden gewonnen haben, Bibliotheken errichtet, die mit den besten Erzeugnissen der Dichter und Dichter versehen sind. Wer lesen und Bildung erwerben will, findet hier die Werte jener Männer, die als Vorkämpfer allen Fortschritts zu bezeichnen sind. Freilich keine Verherrlicher jener Potentaten, die von der Ausbeutung der Völker lebten und jede Freiheit blutig unterdrückten.

In den Gewerkschaftsbibliotheken sind vor allem zu finden Werke der großen Wirtschaftslehre, die dem Volke die Augen darüber öffnen, wie sich in der modernen Welt Produktion und Konsumtion, auf gut Deutsch Gütererzeugung und Güterverbrauch vollziehen und abspielen.

Anderere Werte behandeln die Geschichte der Erde und ihrer natürlichen Entwicklung. Sie verschaffen uns Einblick in die Natur, in ihr Wesen und ihre Kräfte. Sie zerstreuen manchen Aberglauben und falschen Wahn, der jahrhundertlang die Menschheit beherrscht und zu grauenvollen Verbrechen angestiftet hat. Aber auch die Gesellschaftslehre, die Einrichtungen der Menschen, ihre Gesetze und Rechtspflege, die sozialen Zustände wie die religiösen, finden in ihren Bibliotheken durch ausgewählte gute Bücher entsprechende Würdigung. Aber auch Unterhaltungsliteratur, Romane, Erzählungen sind in bester Auswahl vorhanden, die sich vortrefflich auszeichnen von der üblichen Auswahl der „Leihbibliotheken“.

Ein Buch möchten wir vor allen anderen hier herausgreifen und zum Studium empfehlen: es ist das „Wert von August Bebel „Die Frau und der Sozialismus“. Es gibt kein Buch, das so mich dieses verdient gelesen zu werden. Hier hat Bebel sich ein unvergängliches Verdienst erworben, indem er Bahnbrecher wurde für das jahrhundertlang zurückgesetzte, vergewaltigte und unterdrückte weibliche Geschlecht. Unsere weibliche Jugend sollte es sich zur Aufgabe machen, dafür zu sorgen, daß jeder Bekannte Bebel's Frau kennenlernt. Aber auch das

männliche Geschlecht soll Bebel's Buch lesen und kennen! Wer es noch nicht kennt, wird freudig überrascht sein, welch reicher Wissensborn ihm aus diesem Buch entgegenquillt.

Liebe Leser! Es wird hohe Zeit, daß wir uns wieder mit dem Studium guter Bücher befassen. Denn nur sie sind geeignet, uns das geistige Rüstzeug zu geben, das erforderlich ist zur Ueberwindung der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Zeige mir deine Bücher und du zeigst wer du bist.

Wie wählen die Frauen?

Bei den Landtagswahlen in Thüringen wurde in einigen Orten die Wahl getrennt nach männlichen und weiblichen Wahlberechtigten. Uns liegen zurzeit die Ergebnisse aus Eisenach und aus Apolda vor. Danach stellte sich die Beteiligung der Geschlechter für die hauptsächlich in Betracht kommenden Parteien folgendermaßen:

Eisenach:			
Einheitsliste	3800 Frauen,	2639 Männer	
Sozialdemokraten	3827	5926	
Kommunisten	1236	1211	
Apolda:			
Einheitsliste	2318 Frauen,	2089 Männer	
Sozialdemokraten	1832	1855	
Kommunisten	422	691	

Es zeigt sich auch hier wieder die schon früher beobachtete Erscheinung, daß die reaktionären Parteien die stärkste Stütze noch immer bei den Frauen haben, denen sie beharrlich das Wahlrecht verweigerten, als sie noch an der Macht waren. Bei der Sozialdemokratie hingegen, die den Frauen das Wahlrecht gab, halten sich beide Gruppen ungefähr die Waage, wenn auch das Gewicht der Männerstimmen bei dem Wahlkampf noch immer sich als schwerer zeigt als das der Frauen.

Der Benz steht vor den Toren, der Winter mußte räumen ihm das Feld. Durch Kampf nur wird ein dauernd Glück geboren. Drum kämpfe mit, erringe dir die Welt!

Aus unseren Berufstreifen.

Berlin. Die Neuwahl der Ortsverwaltung am 5. März ergab den Sieg der Mitte-Blume-Liste. Die Mehrheit betrug allerdings nur 20 Stimmen, was wohl dem Umstand zugeschrieben werden kann, daß Kollege Müller, der seit sechs Jahren als erster Vorsitzender der Ortsverwaltung fungierte, als Spitzenkandidat der SPD-Liste manchen Kollegen veranlaßt hat, diese Liste zu wählen. In der „Mitten-Blume“ und in Flugblättern hatten die SPD-Anhänger alle Mittel der Vernünftigen Kesselpflicht zur Anwendung gebracht, um die Berliner Gewerkschaftsleitung unseres Verbandes zum Machtmittel der Mostauer zu machen. So schrieb die Wähler in der Nummer vom 5. März: „Kollegen und Kolleginnen! Habt euch nicht mit solchen schmutzigen Kampfmitteln euer proletarisches Kampfbewußtsein betäuben. Geht weiter auf dem Wege der notwendig ist, um die Gewerkschaften zu Machtmitteln in Betreuungsstempel der Arbeiter zu machen. Dies ist nur möglich wenn die Führung der Verbände in den Händen ernsthafter Klassenkämpfer liegt, die bereit sind gegen die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsführer anzukämpfen.“

Man muß sich diese Sätze schon recht wenig überlegt haben, offensichtliche sie doch die ganze Verwirrung die bei den Mostauern herrscht.

Die billigen Redensarten von wegen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, sind doch schon recht abgewaschen. Und die Qualitäten der ernsthaften Klassenkämpfer sind, bei Nicht-besehen, oft recht fabelhaft. Ein Einflußnahme hat nicht gefehlt. Das sprechen nun Leute die selbst Gewerkschaftsführer in einer Organisation werden wollten, die der Antikerbamer Richtung auf Grund der Verbandstagsbeschlüsse angehört. Gewerkschaftsführer wollen sie werden, um gegen die Gewerkschaftspolitik in Opposition zu machen. Was hat uns denn die Verwaltungsstelle, in der wir seit sechs Jahren eine Führung unter SPD-Firma haben diebezügliche gefehlt? Die Antwort könnte jeder im Verbandstagsprotokoll finden. Haben die Arbeiter, die ihre ganze Hoffnung auf die SPD setzen die Parte nicht halb voll, von dem Stand den diese Partei fortgesetzt in der Arbeiterchaft aufwahrt? Wer hat Hindenburg in den Sattel gehoben, wer hat in Thüringen, in Sachsen und jetzt wieder in Mecklenburg den Karren in den Dreck gehoben? Die SPD! Sie ist der Büttel der Reaktion zu ihrem Vorgehen gegen Volkswirtschaften dienen können. Und der Partei der SPD, in Essen hat wieder den Beweis

geliefert, daß man es sehr gut versteht Theater zu spielen. Mit SPD- und christlichen Paraphrasen wurde dort die eigene Schwäche maskiert. Von den großen Worten und ewigen Demonstrationen, in welchen sich die positiven Leistungen der SPD, im allgemeinen doch auch erschöpfen, haben die Arbeiter trotz aller Opfer doch nur Nachschläge erhalten. Die SPD hat in den Parlamenten doch immerhin manches erreicht und hätte viel mehr erreicht, wenn die SPD die Reaktion nicht unterstützt hätte.

So lobt nun der Bruderkampf in unseren eigenen Reihen und schwächt unsere Aktionskraft, die wir gebrauchen gegen die uns feindselig gestimmten Gewalten. Der Bürgerkrieg aber nutzt diese Schwäche gehörig aus, indem er eine reaktionäre Maßnahme nach der anderen vornimmt. Und das alles geschieht doch nur, weil man an utopischen Bahnvorstellungen glaubt, die zurzeit unerfüllbarer sind als jemals vorher.

In Handwerkerkreisen spricht man jetzt wieder viel von den Untersuchungen über das Handwerk, die bei den Organisationen vorgenommen werden. Die vielen Klagen über unverantwortliche Lehrlingszüchterei und Ausbeutung haben es bewirkt, daß endlich Erhebungen vorgenommen werden über die Zahl der Betriebe, der beschäftigten Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter. Aufsehend sollen aber nur bei einigen Handwerkszweigen Stichproben gemacht werden, die man volkswirtschaftlich für besonders wichtig hält. Andererseits haben wohl die ständigen Klagen, die in Handwerkreisen über den Niedergang und die Verarmung der Mittelschichten erhoben werden, hierzu gedrängt. Seitens der Regierung sind im letzten Vierteljahrhundert dem Handwerk die verschiedensten Konzessionen gemacht worden. Zunächst gab man ihnen den Organisationszwang in den Zwangsinnungen, dann das Privileg der Lehrlingshaltung, durch Einführung der Fachschulen und der Handwerker-Gesellschaften, des Kreditwehens, des Submissionswehens usw. Freilich hat trotz alledem die moderne Industrie, durch technische und kaufmännische Ueberlegenheit das Handwerk immer mehr proletarisieren. Wo das nicht der Fall ist, hat sich das Handwerk an moderne Betriebsweise heranzupassen verstanden, daß es sehr schwer fallen dürfte, die Grenze zu finden, wo der Betrieb aufhört, als Handwerksbetrieb zu gelten.

Unter den Handwerkreisen, die einer besonderen Fragestellung gewidmet werden, scheint auch das Sattlerhandwerk und das Tapezierer- resp. Innenausbauhandwerk berücksichtigt zu werden. Es kann nicht bestritten werden, daß die meisten Handwerker sich in einer recht schlechten Lage befinden.

Der Bundesstag der Sattler findet vom 30. Juli bis 2. August 1927 in Köln statt. Die dortige Innung feiert zugleich ihr 40jähriges Bestehen.

Die Arbeitsgemeinschaft des Bundes der Sattler und des Tapeziererverbundes hatten Anfang Februar die Vertreter der süddeutschen Verbände, die sich abgeplänzt haben, zu einer Sitzung geladen. Es ist aber zu einem Wiederanschluß nicht gekommen. Man hofft indes im Mai auf einen besseren Erfolg, wenn die Generaterversammlung der Genossenschaften in Hamburg zu einer Tagung zusammentritt. Die wirtschaftlichen Interessen werden dann als Bindemittel in Anspruch genommen.

Auf eine Umfrage im Tapeziererbund bezügliche Schaffung eines Reichstaxi ist ein Ergebnis nicht erreicht worden. Und in den Mittelberetfreisen des Sattlerbundes ist mit Rücksicht auf die schwankenden wirtschaftlichen Verhältnisse von der Wiedereinführung des Reichstaxi Abstand genommen worden. Herr Scholz hat das Tarifwesen bestritten, weil es unter anderem eine günstige Kalkulationsbasis ermöglicht. Zurzeit ist jedoch nur mit einer bezüglichen Regelung in Form eines Manteltaxi zu rechnen, wie ihn einzelne Landesverbände schon haben.

Beldyer Art ein Tarif sein soll, der den Vertretern der Handwerkerverbände angenehm ist, das ist den Vertretern der Arbeitnehmer natürlich sehr wohl bekannt. Daß die Aktien sehr schlecht stehen, einen für uns akzeptablen Reichstaxi zustande zu bringen, ist aus der bisherigen Haltung der Arbeitgeberführer sehr deutlich zu erkennen. Die Vorteile eines Tarifvertrages liegen auch für die Unternehmer klar auf der Hand; wenn dafür in ihren Reihen kein Verständnis vorhanden ist, dann mögen sie die Folgen tragen.

Auf einer Tagung des sächsischen Landesverbandes der Sattler in Dresden kam auch zur Sprache, daß in den Grenzgebieten der Pfuscharbeit, durch Unterfütterung der Behörden, Vorhub geleistet wird — In der Oberlausitz lassen sächsische Staatsgüter ihre Sattlerarbeiten in Schlesien ausführen. Dagegen soll Bekleidungsgehirn werden.

Aber auch die Politik der Mittelstandspartei kam dort zur Sprache. Es wurde gerügt, daß sie eine Interessenorganisation der Hausbesitzer darstelle. Wenn sie eine Partei des Handwerkes werden wolle, müsse sie sich auf den Berufsorganisationen aufbauen. Hier zeigen sich die Gegensätze zwischen Mieter und Vermieter härter als demagogischer Stimmenfang. Diese Stimme dürfte aber ziemlich ungehört verhallen. Dieser Landesverband hatte am 1. Januar 1926 in 40 Innungen einen Bestand von 182 Mitgliedern. Im Durchschnitt 37 Mitglieder pro Innung, ist also volkswirtschaftlich von nicht allzu großer Bedeutung.

Nach vierzigjähriger Tätigkeit entlassen.

In der Lederwarenfabrik Schulze Nachf. Berlin war immer gut zu tun, bis der Prinzipal einmal erkrankte. Die Arbeitszeit mußte verkürzt werden, infolgedessen hörten die Kollegen auf, bis auf einen, der gebeten wurde, weiter zu arbeiten. Dieser eine, ein vierzigjähriger Taubstummer, war bei der Firma seit 40 Jahren beschäftigt. Einmal Tages kam es zum Kampf mit dem Chef, weil der Mitarbeiter sich überanstrengt fühlte. In der Ausregung nennt er den Chef einen Blutsauger. Der Chef jagt sich juristisch und teilt ihm schriftlich mit, er könne seiner Wege gehen, wenn er seine Beteiligung nicht zurücknehme und zwar schriftlich. Letzteres wurde abgelehnt. Der Arbeiter wurde freigestellt, der Verband griff ein, erreichte aber die Wiedereinstellung nicht, weil angeblich keine Arbeit vorhanden sei. Trotzdem wurden wieder Leute eingestellt. So wurde der Sechzigjährige wegen einer in der Erregung gemachten Bemerkung für eine 40jährige Tätigkeit, mit der Entlassung bestraft. Man sollte doch bedenken, daß ein solcher laubstummener Mensch sein Weiden in etwas zu gute hält, ganz abgesehen davon, daß der Mann monatelang allein alle Arbeit verrichtet hatte und sich benachteiligt fühlen mußte, gegenüber seinen Mitarbeitern, die jederzeit aufgehört hätten als in anderen Betrieben strotzen zu tun war und sie leicht Arbeit fanden. So ist man elenen alten treuen Arbeiter auf billige Weise losgeworden. Man er stempeln gehen, den ehemaligen Brotherrn kümmert das nicht. Unternehmerricht für solche Mitarbeiter im Betrieb. Die alte Geißel, die sich so unendlich oft wiederholt, möge dies anderen zur Lehre dienen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Februar 1927.

Für das Reich zeigt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge einen weiteren Rückgang um rund 65 000 = 3,7 Proz. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger betrug Ende Februar 1927 1 458 000, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger 238 000. Die Arbeitslosigkeit dürfte demnach Ende Februar 1927 zum Stillstand gekommen sein. So stark, wie es nach der amtlichen Erwerbslosenziffer zu scheinen könnte, ist jedenfalls die Besserung am Arbeitsmarkt nicht. Von den langfristig arbeitslosen Unterstützungsempfängern ist wahrscheinlich auch im Laufe des Februar ein erheblicher Teil ausgesauert und der Unterstützung durch die Gemeinden überlassen worden.

Durch die Wiederaufnahme von größeren Außenarbeiten in der Landwirtschaft und im Baugewerbe tritt erfahrungsgemäß im Frühjahr ein Umschwung ein. Nach den Berichten von der Leipziger Messe und aus einer Reihe von Industriezweigen scheint eine Gesamtlebendigung der Konjunktur für eine Reihe von Industriezweigen zu erwarten sein. Infolgedessen ist mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit überhaupt zu rechnen. Fraglich bleibt nach wie vor, ob der Aufschwung so wirksam ist, daß größere Arbeitermassen für längere Zeit in den Produktionsprozess zurückgeführt werden.

Die Gewerkschaften werden darüber zu wachen haben, daß eine Wiederverlebendigung der Wirtschaft sich in Reueinstellungen und nicht in massloser Heberhundenwirtschaft auswirkt.

Die Gesamtbevölkerung Deutschlands hat seit 1914 auf dem Reichsgebiete nur um 2 Millionen zugenommen. Im gleichen Zeitraum ist die erwerbstätige Bevölkerung um 15 bis 65 Jahren von 37,5 auf 42,5 Millionen gestiegen. Die Wirtschaft muß also 5 Millionen Erwerbstätige mehr aufnehmen wie vor dem Kriege. Dabei ist eine fortwährende Proletarisierung zu beobachten. Dazu kommt, daß das Eindringen der Frauen in das Erwerbsleben stark zugenommen hat und noch weiter stärker werden wird.

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes in unserer Organisation nachstehend. Berichtet haben 154 Verwaltungsstellen mit 26 331 Mitgliedern, davon 4666 weiblichen. Nicht berichtet haben 22 Verwaltungsstellen mit 949 Mitgliedern, davon 78 weiblichen. Arbeitslos waren Ende Februar 1927 5136 männliche und 731 weibliche Verbandsmitglieder, das sind 22,3 Proz. gegenüber 24,7 Proz. Ende Januar. Kurzarbeiter waren vorhanden:

Table with 4 columns: Stunden, männl., weibl., zus. and 2 columns for Ende Jan. and Ende Febr. 1927. Shows a decrease in unemployment from 24.7% in Jan to 22.3% in Feb.

Es ist also eine nur sehr geringe Entlastung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen.

Für Offenbach a. M. meldet das Arbeitsamt über die Stellenfuchenden: Stellenfuchende am: 29. 1. 5. 2. 12. 2. 19. 2. 26. 2. Sattler 457 477 459 361 374 Portefeuller 2325 2184 2206 2200 2200

Trotz aller Bemühungen ist es nicht möglich, die Wiederverbände gegen eine reißende Erfassung des Arbeitsmarktes in unserem Verband zu erreichen. Nicht berichtet haben von größeren Verwaltungsstellen: Steint, Hildesheim, Duisburg, Saarbrücken, Darmstadt, Mainz, Zwickau, Karlsruhe und Reutlingen. B. G.

Aus der Praxis der Lohnrücker.

Am Dienstag, den 1. März 1927, beschäftigte sich das Gewerbegericht Bergen-Enthheim zum wiederholten Male mit der Firma Chr. Röder (Lederwaren) wegen Nichterhaltung des Tariffs. Zur Verhandlung kommen zwei Klagen, 1. des Portefeullers K. S., Offenbach a. M., und 2. des Portefeullers Br., Kumpenheim a. M., vertreten

durch den Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband. In beiden Fällen wurde die Firma kostenpflichtig verurteilt. Die Firma muß an K. S. 67,20 Mk. und an Br. 127,06 Mk. zahlen. Die Praxis ist für Heimarbeiter erhalten einen großen Vorteil Arbeit, ohne daß ein bestimmter Preis hierfür festgelegt wird. Die Folgen sind Nachforderungen wegen zu wenig gezahlten Lohn. Wird der Arbeiter vorklagt, daß er den Arbeit (Damentaschen usw.) für den preislich angegebenen Preis nicht machen kann, weil er nur auf einen Stundenlohn von 20 bis 30 Pf. kommt, so erhält er zur Antwort: „Machen Sie die Arbeit nur fertig, wir werden schon einig werden.“ Das geschieht allerdings nicht im Bureau, sondern letzten Endes immer erst vor dem Gewerbegericht erfolgt die Einigung. Wie soll man es bezeichnen, wenn ein Unternehmer die große Erwerbslosigkeit dazu benutz, um Kapital aus den Erwerbslosen herauszufischen? Herr Röder hat schon verstanden, daß er demnächst ganz nach Offenbach in die Turnhalle der Lederindustrie übersiedeln will, weil er in Bergen-Enthheim keine Spezialarbeiter mehr bekommt. Wir wünschen dazu viel Glück! In Offenbach wird unsere Organisation schon ein noch stärkeres Auge auf den Betrieb des Herrn Röder richten im Interesse der Arbeiterchaft.

Gewerkschaftsamt Bergen-Enthheim.

Rundschau.

Zahlen über den Stand der Arbeitslosigkeit am 15. Februar 1927. Von der Erwerbslosenfürsorge unterstützte

Table with 4 columns: Date, männlich, weiblich, zusammen. Shows unemployment figures for Jan 15, Jan 16, and Feb 15, 1927.

Zusatzgempfangener am 15. Februar in Erwerbslosenfürsorge 2 033 525 Personen in Krisenfürsorge 211 296 "

am 15. Februar waren Jugendliche unter 16 Jahren in Unterfützung mit Pflichtarbeit wurden beschäftigt 182 916 "

a) Erwerbslosenfürsorge 110 932 " b) Krisenfürsorge 15 264 "

Von den in der Erwerbslosenfürsorge unterstützten hatten eine Unterstützungsdauer: bis 13 Wochen 777 315 Personen über 13 bis 26 Wochen 413 422 " über 26 bis 39 Wochen 314 692 " über 39 bis 52 Wochen 255 520 "

Die Gesamtkosten der Fürsorge betragen im Monat Januar 1927:

a) Erwerbslosenfürsorge 111 418 131 Mt. b) Krisenfürsorge 9 276 629 "

Darmstadt. Im Wanderheim in Darmstadt, Herwegweg 28, wurde unter Leitung des Ortsausschusses des ADGB, eine Herberge eröffnet. Es stehen drei Schlafsäle mit 30 Betten zur Verfügung. Preis für Übernachtungen inklusive Bad 80 Pf. Speisen und Getränke zu billigen Preisen im schönen Aufenthaltsraum, wo Tages- und Gewerkschaftszeiten ausliegen.

Die Notlage der Stadt Offenbach. Vor Vertretern der Industrie und den Gewerkschaften hielt am 3. März der Oberbürgermeister einen Vortrag über die Notlage der Stadt, die nicht imstande sei, die Erwerbslosigkeit aus eigener Kraft zu beheben. Die Vertreter der Industrie möchten nicht an diesem Problem vorbeigehen, denn das Schicksal der Industrie ist eng verknüpft mit dem der Stadt. Die Stadtverordneten haben bereits eine Entscheidung angenommen, die weitestgehende Unterstützung der Regierung fordert. Die Stadt könne ihre Ausgaben nicht weiter steigern. Vom Karriell richtete Weber an die Industrie den Vorwurf, sie habe während der großen Arbeitslosigkeit wenig soziales Verständnis betundet, sondern die Ueberstundenarbeit eingeführt. Anstatt der Mehrarbeit mußten Neueinstellungen vorgenommen werden, selbst bei nur vorübergehender Arbeit.

Herr Dr. Cray sprach als Vertreter der Industrie und Syndikats der Handelskammer. Die Industriefreien könnten nicht wünschen, daß die Lage der Stadt gefährdet würde. Es sei schwer, bei einem Etat von 14 Millionen, allein 6 Millionen für das Fürsorgewesen ausgeben zu müssen. Er müsse es aber absehen, über die Frage der Arbeitszeit in diesem Kreise in eine Aussprache einzutreten. Diese solle der zu wählenden Kommission vorbehalten bleiben. Herr Drillep (AD.) machte geltend, daß die Portefeulleindustrie am argsten leidet, die Betriebe stehen leer und die Heimarbeit ist in unzulänglichen Räumen beschäftigt. Ein guter Wille seitens der Unternehmer könne manchen Nachteil beheben. Sonst reden die Kappefften doch eine andere Sprache. Eine Kommission, der je fünf Vertreter der Industrie und der Arbeiter angehören, soll unter Vorsitz des Oberbürgermeisters die Wege suchen, die zur Gelundung führen. Hoffentlich finden sie bald welche.

Die Probe aufs Exempel. Der Bund Deutscher Bodenreformer hat in einer Eingabe an den Reichstag gefordert, daß der dringenden Gefahr der Bodenspekulation

an den Ufergebänden der projektierten neuen Kanäle rechtzeitig vorgebeugt werde, etwa durch ein Reichsgesetz mit das über die Enteignung von Grundbesitz und über die Beitragsleistung bei der Kanalifizierung des Neckars und des Rhains sowie zum Ausbau der Donau vom 3. August 1920. Diese Forderung ist auch sämtlichen Fraktionen des Reichstages vorgelegt worden. Der Reichstag hat darauf (am 19. Januar d. J.) beschlossen, die Petition des Bundes Deutscher Bodenreformer der Reichsregierung zur Ermäßigung zu überweisen. Die neue Regierung hat nun Gelegenheit zu zeigen, ob sie Ansprüche des spekulativen Bodentapitals nicht der nötigen Lutzkraft entgegenzusetzen vermag. — Ansprüche, die nicht nur kulturellen und sozialpolitischen, sondern auch wirtschaftspolitischen Fortschritt der Nation aufhalten. Welche Partei — die sich Volkspartei nennt — dürfte der Regierung wohl auf diesem Gebiet ihre Gefolgschaft versprechen, ohne bei der Mehrheit ihrer Wähler scharfen Widerspruch heraufzufordern?

Bücherchau.

Adolf Wagner. Staatsbürgerliche Bildung ein Vermächtnis. Herausgegeben von Dr. Adolf Danasche. Bodenreform (101. bis 120. Laufend), Berlin, Lehningstraße 11. (Preis 50 Pf., 10 Stück à 30 Pf.)

„Gesundheit.“ Eine Romanschicht, die für 45 Pf. pro Vierteljahr bei jeder Postanstalt bestellt werden kann. Der Inhalt ist sehr lehrreich. Ein Artikel: „Die Rationalisierung in der Hauswirtschaft“ von Dr. Marta Bode verdient besondere Beachtung.

Wer sich für alkoholfreie Kultur interessiert, dem sei „Neuland“ empfohlen, das Organ des Outtemperordens. Dieses Wochenblatt kostet vierteljährlich 1,50 Mt. Bestellungen bei der Post.

Die Gemeinwirtschaft, Zeitschrift für den Konstruktiven Sozialismus, erscheint mit Beginn dieses Jahres in bedeutend vergrößertem Umfang; sie erscheint monatlich und ist zum Preise von 2,40 Mt. für ein Vierteljahr zu beziehen durch jede Buchhandlung, Post, Briefträger und direkt den Verlag: „Die Gemeinwirtschaft“, Hermadort (Thür.). Aus dem Inhalt: Genossenschaftsbewegung, Allgemeines, — Genossenschaftsformen, — Einzelne Genossenschaftsformen, — Genossenschaftliche Genossenschaften. — Die Frau in der Genossenschaftsbewegung. — Genossenschaftsrecht und Steuerwesen. — Gemeinde- und Staatswirtschaft: Die kommunale Sparkasse in Warkchau. — Bepflanzungen: Die Konzentration im Genossenschaftswesen.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsvereinigungen.)

Vom 14. bis 20. März ist der 11. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes!

Berlin. Bei der Urwahl der Ortsangeordneten am 5. März wurden insgesamt 2709 Stimmen abgegeben. Ungültig hieron waren vier Stimmen. Auf die Liste Amsterdam fielen 1362 Stimmen und auf die Liste Opposition 1343 Stimmen. Gewählt sind die Kollegen: A. Blume, 1. Vorsitzender; W. Olsen, 2. Vorsitzender; R. Wegner, 1. Kassierer; D. Heinrich, 2. Kassierer; W. Hoffmann, Sekretär.

Braunshweig. Sonntag, den 20. März, im Hotel „Sächsischer Hof“, Wördelinger Straße: Unterhaltungsabend, Anfang 5 Uhr. Saalöffnung 4 Uhr. Theater, Ball, Tombola. Während der Vorführung bleiben die Türen geschlossen, daher pünktlich erscheinen. Das Komitee,

Adressenveränderungen.

Mehrsleben. Kass.: Max Alara, Baumgartenstr. 39 I. Elmshorn. Vorf.: Paul Eruff, Limm-Kröger-Str. 28. Kass.: Julius Haujoks, Koppedamm 1. Oßrow. Kass.: Paul Storch, Schwinsfr. 7, part. Konkanz. Vorf.: August Scholz, Sattler, Reichenauer Straße 320. Ruppenheim (Murgtal). Kass. Karl Ded. Oberhausen. Eugen Frey, Duisburg-Weidrich, Essen, Heerstr. 8. Saarbrücken. Vorf.: Friedrich Heuer, Dubweiler bei Saarbrücken, Richardstr. 23. Speyer. Kass.: Karl Wiedermann, Landauer Str. 25. Weimar. Vorf.: Walter Eppinghaus, Am Horn 23. Jersb I. Auh. Vorf.: Walter Schulze, Breite Str. 29. Hof. Kass.: Hermann Biss, Breite Str. 13.

Sterbetafel.

Berlin. Am 3. März verstarb der Kollege Konrad Eggert, Portefeuller, im Alter von 66 Jahren. Aöln. Am 7. März starb unser Mitglied, der Tapezierer August Köhler, im Alter von 57 Jahren. Spandau. Am 8. März starb unser Kollege Julius Stark, Sattler, im 46. Lebensjahre.

Eure ihrem Andenten!